

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sozialberichterstattung in Bremen

Eine regelmäßige, systematisch angelegte und fachlich fundierte Berichterstattung über Armut und Unterversorgung, Reichtumsentwicklung und die Entwicklung von Ungleichheitstendenzen wird seit langem schon in Politik, Wissenschaft und Verbänden für notwendig gehalten. Einzelne Städte und Bundesländer und auch der Bund erstatten regelmäßig Bericht über den aktuellen Stand der Verteilung, die Ursachen und Folgen von Armut.

Für Bremen wurde im Jahr 1987 vom Senat ein erster Sozialhilfebericht über die Situation „armer und unterversorgter Menschen“ im Lande Bremen vorgelegt. Das Ressort Jugend und Soziales ging damals davon aus, „dass eine künftige und kontinuierliche Berichterstattung geeignet ist, über die Bestandsaufnahme hinaus die Umsetzung neuer sozialpolitischer Konzepte anzuregen“. Seitdem ist kein weiterer Bericht vom Senat erstattet worden.

Für das Land Bremen legt die Arbeitnehmerkammer seit drei Jahren regelmäßig Armutsberichte vor.

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die regelmäßige Berichterstattung der Arbeitnehmerkammer über aktuellen Stand und Tendenzen, Ursachen und Auswirkungen von Armut im Land Bremen?
2. Hält der Senat es mittlerweile nicht auch für nötig, selbst regelmäßig einen Sozialbericht für das Land Bremen vorzulegen?
3. Welche Erkenntnisse zieht der Senat aus den vorliegenden Berichten der Arbeitnehmerkammer zur Armut in Bremen und dabei insbesondere aus den aufgezeigten Zusammenhängen zwischen Armut und Gesundheit sowie zwischen Kinderarmut und Bildungschancen und aus dem Problem der steigenden Anzahl von Menschen, die trotz Vollzeitberufstätigkeit nicht ihren Lebensunterhalt sichern können, der so genannten working poor?
4. Welche konkreten Maßnahmen hat der Senat aufgrund der vorliegenden Berichte der Arbeitnehmerkammer ergriffen, um den dargestellten Tendenzen und Entwicklungen entgegenzuwirken?
5. Welche konkreten Maßnahmen plant er zu ergreifen, warum und mit welchem Ziel?

Dirk Schmidtman,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen